

Bürgerallianz will Beiträge endlich kippen



Peter Hammen

Hammen bleibt Landesvorsitzender
Von OTZ-Redakteur Henning Jahr Erfurt. Die Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben erwartet von der neuen Landesregierung im nächsten halben Jahr einen Gesetzentwurf zur Beseitigung der Zwangsbeiträge bei Abwasser und beim Straßenbau.

"Dazu wollen wir Anfang 2010 mit Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht und mit Innenminister Peter Huber (beide CDU) Gespräche führen", kündigte Peter Hammen an, der kürzlich erneut zum Landesvorsitzenden dieses Dachvereins von über 100 Bürgerinitiativen im Land gewählt wurde. Er erhofft sich vor allem von der Regierungschefin Dialogbereitschaft. Vorgänger

Althaus habe die Allianz nicht einmal empfangen, beklagt der Landeschef.

Die Beiträge müssen per Gesetz verboten werden, weil sie ungerecht und nicht europatauglich sind, betonte der Südthüringer. Die Allianz werde demnächst die Argumente gegen die Zwangsabgaben für die Politiker nochmals aufbereiten, kündigte er an. Dabei gehe es beim Abwasser um die Definition bebauter Grundstücke. Dort, wo nur ein Bienenhaus oder ein Carport steht, dürften keine Beiträge erhoben werden. Außerdem müsse eine Gleichbehandlung aller Thüringer bei der Erhebung von Abwasserbeiträgen erreicht werden. Etwa die Hälfte sei gegenwärtig schon befreit.

Falls der Landtag oder die Landesregierung nicht auf die Forderungen der Bürgerallianz reagiert, würde wieder demonstriert, sagte Hammen. "Wir werden dann auch die Erfolgchancen eines Volksbegehrens prüfen." Die Linkspartei und die Grünen hätten sich bereits zu den Forderungen der Bürgerinitiative bekannt. Kommentar

14.12.2009